



Europatag am 9. Mai 2012
im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen.





Europatag am 9. Mai 2012

im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen.

Inhalt

Inhalt	5
Begrüßung	6
Festrede	8
Impressionen	14



Begrüßung



Herr Dr. Wilhelm Schäffer, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Weiterführende Informationen zum Europäischen Jahr 2012:

die offizielle Seite der Europäischen Kommission zum Europäischen Jahr 2012:

<http://www.active-ageing-2012.eu/>

die offizielle Seite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Europäischen Jahr 2012:

<http://www.ej2012.de>

Nach Eröffnung der Veranstaltung durch den hauseigenen Chor, der Schillers Ode an die Freude intonierte, deren Melodie die offizielle Hymne der Europäischen Union darstellt, ergriff Herr Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer das Wort. Zunächst bedankte sich Herr Dr. Schäffer bei Chor und Chorleiter Herrn Ulrich Kolb für den gelungenen Veranstaltungsaufakt.

Nach der anschließenden Begrüßung aller Anwesenden, und insbesondere der Gastrednerin Frau Birgit Sippel, erinnerte Herr Dr. Schäffer an den Ursprung des Europatages im Jahre 1950.

Am 09. Mai 1950 legte der damalige französische Außenminister Robert Schuman seinen Vorschlag für eine Montanunion vor, was heute als Ursprung der Europäischen Union gelte. Künftig wolle man daher diesen Tag zum Anlass nehmen, um sich alljährlich im Hause mit dem Thema des jeweiligen Europäischen Jahres zu beschäftigen.

Hieran anknüpfend erläuterte Herr Dr. Schäffer, dass die Europäische Union seit 1983 Europäische Jahre ausruft, denen sie jeweils ein soziokulturelles Thema zuordnet. 2012 sei insoweit das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen und betreffe damit unmittelbare Kernthemen des Ministeriums.

Die demografische Entwicklung betreffe dabei sowohl das Ministerium selbst als auch viele Fachbereiche des Hauses. Insofern zeigte sich Herr Dr. Schäffer besonders froh, dass in Frau Sippel eine überaus kompetente Gastrednerin zum Thema gewonnen werden konnte. Frau Sippel ist seit dem Jahr 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und hier stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Damit sei sie inhaltlich unmittelbar mit dem Thema des demografischen Wandels befasst.



Festrede



Frau Birgit Sippel, Abgeordnete des Europäischen Parlaments

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Schäffer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf mich zunächst für die Einladung zur heutigen Veranstaltung bedanken und freue mich, als Europaabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen, ganz konkret aus Südwestfalen, und insbesondere als stellvertretendes Mitglied im Beschäftigungsausschuss anlässlich des Europatages heute zu Ihnen sprechen zu können.

Die **Europäischen Jahre der EU** werden seit 1983 ausgerufen. Sie sollen Bürger und Öffentlichkeit für ausgewählte Themen sensibilisieren, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind. Das Jahr 2012 wurde als Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen der Gestaltung des demografischen Wandels gewidmet.

Der **demografische Wandel stellt in der Tat eine große gesellschaftspolitische Herausforderung** für die kommenden Jahre dar. Er ist jedoch kein entferntes Zukunftsthema. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit uns die vielfältigen Folgen des altersstrukturellen Wandels nicht unvorbereitet treffen. Den Begriff „demografischer Wandel“ habe ich persönlich bereits vor mindestens 20 Jahren vernommen. Doch lange schien dies eher ein abstraktes Zukunftsszenario zu sein. Inzwischen gehört der Begriff zum Alltag, es gibt erste konkrete Maßnahmen, gerade vor Ort in unseren Kommunen ist das Thema längst angekommen. Das Altern der Bevölkerung beschäftigt also zunehmend die Politik, wie zuletzt mit der am 25. April 2012 vorgelegten „Demografiestrategie“ des Bundesinnenministers. In Nordrhein-Westfalen besteht

schon seit Sommer 2007 eine Initiative zur Bewältigung des demografischen Wandels in der Arbeitswelt, die gemeinsam von den Arbeitgeberverbänden NRW, dem Deutschen Gewerkschaftsbund NRW und der Landesregierung verabschiedet wurde: die Initiative „Hohe Wettbewerbs-, Innovations- und Beschäftigungsfähigkeit mit älter werdenden Belegschaften“.

In meinem heutigen Vortrag möchte ich zunächst kurz auf die gesellschaftspolitische Herausforderung des demografischen Wandels eingehen. Anschließend werde ich die Idee und Aktivitäten des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen darstellen. Europa ist der Kontinent mit dem höchsten Anteil an älteren Menschen. Deutschland ist dabei sogar stärker betroffen als andere europäische Länder. Hier ist der demografische Wandel vor allem durch einen starken Rückgang der Bevölkerungszahl gekennzeichnet: Innerhalb von 50 Jahren wird laut Statistischem Bundesamt die Bevölkerungszahl um 15 bis 21 Prozent zurückgehen, das heißt von 81,7 Millionen in 2011 auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060. Des Weiteren erleben wir in Deutschland eine zunehmende Alterung der Bevölkerung aufgrund der geringen Geburtenzahlen, des Alterns der sogenannten „Babyboomer“, sowie der erhöhten Lebenserwartung. Dies bedeutet auch einen kollektiven Alterungsprozess der Belegschaften: Bis 2015 wird in Deutschland mehr als jeder dritte Erwerbsfähige älter als 50 Jahre sein.



Hier in Nordrhein-Westfalen sind ebenfalls große Veränderungen festzustellen, wenn man die Altersstruktur von 1970 mit der von 2010 vergleicht: Der Anteil der jüngeren Bevölkerung hat um 10,3 Prozentpunkte abgenommen, während sich derjenige der älteren Altersgruppe um 7,8 Prozentpunkte erhöhte. 2010 lebten insgesamt gut 3,6 Millionen Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren in Nordrhein-Westfalen, was eine Zunahme von 18 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 darstellt.

Das **Altern der Gesellschaft ist ja zunächst durchaus positiv** zu sehen, als Konsequenz einer besseren medizinischen Versorgung, gezielter Gesundheitsvorsorge und verbesserter Lebensqualität. Doch es stellt **zweifelloso auch eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft und alle Generationen in Europa** dar. Dies wird nun auch von den Menschen in Deutschland so wahrgenommen: Laut einer Eurobarometer-Studie von 2011 ist jeder Dritte in Deutschland (33 Prozent) über einen möglichen Anstieg des Bevölkerungsanteils der Menschen über 65 sehr oder ziemlich beunruhigt, häufig auch wegen der finanziellen Auswirkungen.

Das Altern der Gesellschaft hat insbesondere **Auswirkungen auf den gesamten Bereich der Pflege und das Rentensystem**. Ein längeres Leben bedeutet aber – auch wenn wir uns das gerne so vorstellen – nicht automatisch auch ein längeres Leben in Gesundheit, also die Erhöhung der sogenannten „gesunden Lebensjahre“. Dies zeigt eine Eurostat-Studie von April 2012, die anlässlich des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen

den Generationen durchgeführt wurde. Die Mitgliedstaaten, in denen die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren die höchste Lebenserwartung hat, sind nicht unbedingt dieselben, in denen die meisten „gesunden Lebensjahre“ im Alter von 65 verzeichnet wurden. Dazu kommt, dass, obwohl Frauen generell eine höhere Lebenserwartung als Männer haben, sie nicht unbedingt eine höhere Anzahl an gesunden Jahren verzeichnen können:

Mit 65 Jahren haben heute in Deutschland Männer noch durchschnittlich 6,9 gesunde Lebensjahre vor sich und Frauen 7,1 – also kaum mehr und das, obwohl letztere mit 65 noch eine Lebenserwartung von weiteren 20,9 Jahren haben, Männer hingegen nur von weiteren 17,8 Jahren.

Doch ob gesund oder weniger gesund, auf jeden Fall bedeutet diese Entwicklung eine längere Phase der Rentenauszahlung, der umgekehrt nicht zwingend eine längere Beitragsphase gegenübersteht. Befristete und schlecht bezahlte Arbeit führen zu einer weiteren Belastung der Systeme.

Eine der zentralen Antworten auf diesen raschen Wandel in der Altersstruktur ist die **Förderung einer Kultur des „aktiven Alterns“**. Dies ist das Ziel des Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen. Anschließend an einen Vorschlag der Europäischen Kommission vom 6. September 2010 wurde dieses Thema gemeinsam vom Rat und vom Europaparlament am 14. September 2011 für das Europäische Jahr 2012 festgelegt.

In ihrem Beschluss greifen das Europaparlament und der Rat auf die Definition vom aktiven Altern der Weltgesundheitsorganisation zurück: Aktives Altern sei „ein Prozess, in dem die Möglichkeiten im Hinblick auf Gesundheit, Teilhabe und Sicherheit optimiert werden, um die Lebensqualität der alternden Personen zu verbessern“. Rechtlich bezieht sich der Beschluss unter anderem auf Artikel 25 der Charta der Grundrechte der EU: das Recht älterer Menschen auf ein würdiges und unabhängiges Leben und auf Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben.

Zusätzlich zum Begriff „aktives Altern“ haben wir Sozialdemokraten im Europaparlament erreicht, dass der Aspekt der Solidarität zwischen den Generationen stärker betont wird. Der Verweis zur **Solidarität zwischen den Generationen** fehlte ursprünglich im Titel. Uns war es aber wichtig, dass die Solidarität zwischen den Generationen nicht ausschließlich in finanziellen Begriffen gesehen wird. Die politische Debatte konzentriert sich oft auf die negativen Folgen vom Altern, zum Beispiel auf die zunehmenden Ausgaben für die Gesundheitspflege und das Rentensystem. Dadurch entsteht dann auch leicht das Bild, dass ältere Menschen eine Last für die Gesellschaft sind. Dabei haben die Älteren eine große Bedeutung für die Gesellschaft. Und zwar nicht nur historisch hinsichtlich ihrer Leistungen zum Aufbau von Wirtschaft und Demokratie. Aktuell wird die Bedeutung älterer Menschen in Deutschland (laut einer Eurobarometer-Studie von 2011) vor allem darin gesehen, dass sie ihre Familienangehörigen unterstützen, unter anderem bei der Betreuung von Enkeln. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Projekte der Seniorbegleitung, der Unterstützung jüngerer Arbeitnehmer und Selbstständiger durch Ältere und zunehmend engagieren sich ältere Menschen im Ehrenamt. Menschen, die nach dem Auszug der Kinder und dem absehbaren Ende ihrer Berufstätigkeit eine ergänzende Aufgabe suchen oder sich noch einmal neuen Herausforderungen stellen wollen. Eine Erfahrung, die wir auch im Zusammenhang mit dem Bundesfreiwilligendienst gemacht haben.

Daher geht aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen im Rahmen des Europäischen Jahres 2012 weit über die Eingliederung von älteren Menschen in den Arbeitsmarkt hinaus. Das Europäische Jahr 2012 soll helfen, soziale Ausgrenzung und Altersdiskriminierung zu bekämpfen. Gleichwohl müssen wir insbesondere die Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz bekämpfen, denn dies ist europaweit die meistgemeldete Form von Altersdiskriminierung. In Deutschland waren 2011 18 Prozent der Arbeitnehmer entweder Zeugen oder Opfer von Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz. Des Weiteren soll das Europäische Jahr 2012 helfen, lebenslanges Lernen, Integration in den Arbeitsmarkt und Freiwilligenengage-

ment älterer Menschen zu fördern, aktive Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben (zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeit) zu garantieren. Eine große Herausforderung gerade für Kommunen, wo Wohnort und kulturelle beziehungsweise soziale Angebote nicht immer dicht beieinanderliegen, eine Herausforderung für Stadtplanung und Verkehr, insbesondere die Ausgestaltung des ÖPNV.

Ein weiteres Ziel liegt darin, Gesundheitsschutz und Rentensicherheit zu stärken, um Altersarmut zu bekämpfen sowie ein Altern bei guter Gesundheit und in Würde zu unterstützen. Übrigens: Natürlich gibt es konkrete altersbedingte Erkrankungen, um die wir uns kümmern müssen. Ich will aber jetzt schon darauf verweisen, dass manche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz und zu einem langen Arbeitsleben sinnvollerweise schon vor dem 50. Lebensjahr beginnen sollten. Wir Sozialdemokraten im Europaparlament legen bei all den Maßnahmen zum aktiven Altern besonderen Wert auf die Förderung von Aktivitäten, die die Gleichstellung der Geschlechter und die Diversität berücksichtigen und die für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind. Denn eine Haupteigenschaft des demografischen Wandels ist die zunehmende soziale Heterogenität älterer Menschen. „Den“ Alten gibt es nicht und neben sozialen und gesundheitlichen Unterschieden haben wir zunehmend eine bedeutende Anzahl von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Des Weiteren soll gesundes Altern durch einen angemessenen Zugang zu hochwertiger und langfristiger Gesundheitsvorsorge und durch Sozialleistungen gefördert werden. Dies ist gerade im Kontext ansteigender Altersarmut wichtig, die wir hier in NRW erleben.

Ich will an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung einfügen: Natürlich ist ein möglichst langer gesunder Verbleib im Arbeitsleben anzustreben. Wichtiger und effektiver bei der Frage Altersarmut ist es jedoch, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen eine Chance auf Bildung und Ausbildung erhalten und dass alle bei uns lebenden erwerbsfähigen Menschen eine Arbeit bekommen – eine Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen und einem Lohn, mit dem sie ihr Leben eigenständig gestalten und finanzieren können.

Letztendlich legen wir Sozialdemokraten auch besonderen Wert auf die Förderung von präventiven Maßnahmen zur Vorbeugung von altersbedingten Gesundheitsrisiken beziehungsweise im Alter bemerkbaren Gesundheitsproblemen. Und ich habe es schon angesprochen: Diese sollte frühzeitig einsetzen. So wird etwa in manchen Behörden – und das ist durchaus positiv zu bewerten – Gesundheitstraining für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 50 Jahren angeboten. Wer aber etwa Rückenerkran-

kungen vorbeugen will, muss Maßnahmen früher ansetzen – denn mit 50 ist der Gesundheitsschaden häufig schon erfolgt.

Das **Budget für die Durchführung des Europäischen Jahres 2012 auf Unionsebene** beträgt fünf Millionen Euro für den Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2012.

Die Frage der Finanzierung war sehr umstritten. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission sah nämlich keine EU-Gelder für die Initiative vor. Wir Sozialdemokraten im Europaparlament haben uns besonders für eine EU-Finanzierung eingesetzt, damit ein Erfolg des Europäischen Jahres durch ein entsprechendes Budget unterstützt und gewährleistet wird.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen grundsätzlichen Hinweis zur Finanzierung von solchen und vielen anderen Projekten und Fonds: Die Mitgliedstaaten haben in Erkenntnis entsprechender Notwendigkeiten die Aufgaben der europäischen Ebene in den letzten Jahren ausgebaut, zuletzt mit dem Lissabon-Vertrag. Und gerade in Krisenzeiten haben die Staaten lange Listen, um was die EU sich doch kümmern, was aus EU-Mitteln finanziert werden sollte. Doch zugleich erleben wir, was viele auch aus kommunaler Sicht kennen: Die Aufgaben wachsen, das Budget jedoch nicht. Derzeit gibt es Stimmen aus den Mitgliedstaaten, auch aus Deutschland, die ihren Beitrag an die EU kürzen wollen. Doch eine erfolgreiche Fortführung bewährter Projekte und Programme kann nur gesichert werden, wenn die Mittel mindestens nicht gekürzt werden. Eine Unterstützung dieser Position durch die Länder wäre durchaus hilfreich – zumal nicht davon auszugehen ist, dass gekürzte europäische Mittel dann national ausgeglichen werden.

Im Rahmen des Europäischen Jahres 2012 werden insbesondere folgende **Maßnahmen** umgesetzt:

- europaweite **Bildungskampagnen zur Sensibilisierung** der Öffentlichkeit für den Wert des aktiven Alterns;
- **Austausch von Erfahrungen** zwischen den Mitgliedstaaten und den betroffenen Akteuren;
- **Schaffung von Rahmenbedingungen** für das Eingehen von Verpflichtungen und für konkrete Maßnahmen;
- **Förderung von Aktivitäten**, die zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung, zur Überwindung von Altersklischees und zur Beseitigung von Hindernissen beitragen.

Des Weiteren werden Projekte zum aktiven Altern im Rahmen schon existierender EU-Programme wie dem ESF, PROGRESS oder Grundtvig gefördert. In NRW wurden mit

solchen Fördermitteln – den Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds – schon mehrere Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels in der Arbeitswelt erfolgreich durchgeführt. Nennenswert ist unter anderem das Programm „Regionale Beratung und Qualifizierung“ (rebequa), das professionelle Beratung für die Umsetzung einer demografiegerechten Personalpolitik durch 100 qualifizierte „Demografieberater“ in NRW bietet und jetzt auch als Bundesprogramm weitergeführt wird. Ein weiteres Projekt ist der „DemografieKompass“, der als Onlinetool zur Ermittlung und Analyse der Altersstruktur einer Unternehmensbelegschaft sowie zur Entwicklung betriebsspezifischer Zukunftsszenarien dient.

In Deutschland wurde das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen am 6. Februar 2012 durch eine bundesweite **Auftaktveranstaltung** in Berlin gestartet. Die Umsetzung des Europäischen Jahres 2012 übernimmt das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**. Organisatorisch unterstützt wird dieses dabei von einer Geschäftsstelle, die am 1. Juli 2011 eingerichtet wurde. Diese wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen und der Forschungsgesellschaft für Gerontologie getragen.

Im Verlauf des Jahres werden **46 Projekte** die Schwerpunkte des Europäischen Jahres 2012 in Deutschland vertiefen. Mehr als 300 Projektanträge wurden bundesweit eingereicht. Darunter sind auch **drei Projekte in NRW** ausgewählt worden: eine Bildungskampagne der Katholischen Arbeitnehmerbewegung der Diözese Aachen, die Gestaltung von Regionaltagungen zum Thema „Altenarbeit im Gemeinwesen“ durch das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands sowie ein Stadtteilprojekt in Bonn.

Letztere bringt Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klasse zusammen mit Seniorinnen und Senioren des Seniorenhauses Steinbach mit Demenz im Anfangsstadium, um gemeinsame Aktivitäten durchzuführen. Gerade dieses Projekt halte ich für sehr sinnvoll. Denn häufig vermeiden wir den Kontakt mit kranken Menschen beziehungsweise mit Menschen mit Behinderung, weil wir unsicher sind, wie wir uns richtig verhalten. Solche Projekte können dazu beitragen, gemeinsames Leben und handeln selbstverständlicher zu machen.

Diese drei Projekte geben auch ein Beispiel für die Art und Weise, wie wir mit der Herausforderung des demografischen Wandels in NRW, in Deutschland und der EU umgehen: eben nicht als zu bewältigendes Problem, sondern als natürlichen Prozess, der uns allen als Gesellschaft die Chance bietet, Solidarität unter den Generationen zu



üben, statt Menschen aufgrund ihres Alters und damit vermeintlicher „Schwäche“ auszuschließen.

Es ist wichtig, dass wir ältere Bürgerinnen und Bürger nicht als Belastung wahrnehmen. „Aktives Altern“ bedeutet, Potenziale von älteren Menschen, beispielsweise von älteren Arbeitnehmern, zu erkennen und gezielt zu fördern, sodass diese ihr ganzes Talent, ihre ganze Lebenserfahrung gewinnbringend teilen können, wobei „gewinnbringend“ in diesem Zusammenhang sich nicht begrenzt auf eine finanzielle Betrachtungsweise.

Bei der Debatte um die Teilhabe älterer Menschen an gesellschaftlichen Prozessen – im Betrieb, in Vereinen oder als Unterstützung in der Familie – dürfen wir jedoch nicht den fatalen Fehler begehen, den Wert der Generation „65 plus“ allein auf Grundlage ihres möglichen Beitrags zur wirtschaftlichen Entwicklung zu bemessen. Wir Sozialdemokraten sind der festen Überzeugung, dass jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft gegeben werden sollte – durch einen Arbeitsplatz ebenso wie in Vereinen und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Wer aber alt und schwach ist, wer nicht mehr das Glück hat, gesund zu sein, sondern in Krankheit leben muss, wird mit dem Slogan „aktives Altern“ nicht viel anfangen können. Doch gerade solche Menschen verdienen unsere Solidarität und haben Anspruch auf ein Leben in Würde – nicht nur im Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen, sondern grundsätzlich und uneingeschränkt.

Erlauben Sie mir abschließend einen Ausblick: Europäische Jahre sollen dazu beitragen, Themen in den Mittelpunkt zu setzen, neue Akteure und neue Ideen zusammenzubringen und umzusetzen. Ich würde mich daher freuen, wenn es zum Ende des Jahres die Möglichkeit gäbe, hier entsprechende Erfahrungen auszutauschen. Und vielleicht lassen sich – sofern sinnvoll – auch Kontinuitäten herstellen: Wir hatten das Europäische Jahr des Ehrenamtes und Ehrenamt war auch in diesem Jahr ein wichtiger Aspekt. 2013 wird das Europäische Jahr der Bürger. Dabei sollen insbesondere die Möglichkeiten der Europäischen Union für die Bürger verdeutlicht werden. Da können viele neue Ideen entwickelt werden – vielleicht lassen sich aber auch gute Ansätze oder nicht mehr verwirklichte Ideen aus diesem Jahr weiterentwickeln.

Ich wünsche Ihnen jedenfalls weiterhin gute Erfahrungen mit den Europäischen Jahren und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Impressionen







Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fon: 0211 855-3028
Fax: 0211 855-3211
www.mais.nrw.de
info@mais.nrw.de

Fotos:

Thorsten Matolat,
Rüdiger Schneider

Redaktion

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Druck:

Hausdruckerei

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, Juli 2012

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben.

Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf

Fon: 0211 855-3028
Fax: 0211 855-3211

www.mais.nrw.de